

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden,
Raben & Comp., Nr. 1288.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto:
Gedr. Arnhold, Dresden
und Sächs. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Messdorf und Dresden-Alttadt

Bezugspreis einschließlich Fringerlösen mit den öffentlichen Belegungen „Nach der Arbeit“ und „Wolk und Zeit“ für einen halben Monat 100 Goldpfennig. Einzelnummer 10 Goldpfennig. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Telefon 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Telefon 25 261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Komparatlegelle 30 Goldpf., die 90 mm breite Melanzeitung 150 Goldpf., für auswärtige Anzeigen 35 und 200 Goldpf. Familienanzeigen, Stellen- u. Mietsuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefportoabgabe 10 Goldpf.

Nr. 114

Dresden, Freitag den 16. Mai 1924

35. Jahrg.

Die sozialistischen Erfolge in Frankreich

Von Paul Faure, Paris (Mitglied der Kammer)

Die Niederlage des politischen Gebildes, das den Namen „Nationaler Block“ trug, wird das Ausland überrascht haben. Ich bin nicht sicher, ob sie nicht ebenfalls die offiziellen Kreise Frankreichs erstaunt und zugleich betrübt hat, denn zwei Tage vor der Wahl ließ das Ministerium des Innern bereits die Niederlage des „Kartells der Linken“ verkünden. Was den Sieg der sozialistischen Partei betrifft, so dachte niemand daran — außer uns; denn man nahm allgemein an, daß unter dem verschobenen und brecherischen französischen Wahlverfahren und der kommunalistischen Gegenliste unsere Aussichten auf ein Minimum beschränkt würden. Jetzt muß man sich vor der vollendeten Tatsache beugen: der Nationale Block ist geschlagen, die Linksparteien haben den Sieg davongetragen.

In dem Lager der Sieger ist die Partei, die am meisten hervortritt, unbestritten die unsre. Zahlenmäßig zählte sie 50 Gewählte in der früheren Kammer. Von jetzt an überschreitet sie die 100. Aber ihr Sieg ist noch vollständiger und ausgeprägter in Anbetracht dessen, daß sie es war, die die Schlappe des Nationalen Blocks vorbereitete und herbeiführte. Der Nationale Block ist geschlagen worden, wegen seiner verhetzten Finanzpolitik, die den Armen belastete und die Spekulant und Großkapitalisten begünstigte, ferner wegen seines reaktionären Gebarens, da er durch die reine Rechte beherrscht war, und schließlich wegen seiner äußeren Politik, die ihre getrennten Auffassungen vertrat und Begegnung, wobei die wirtlichen Interessen Frankreichs und ebenso die Europas vernachlässigt wurden. Dabei muß man beachten: Die sozialistische Partei allein hat seit dem 16. November 1919 den hartnäckigsten Kampf gegen diese ganze Politik geführt. Sie hat sich nicht begnügt mit einer formellen Opposition oder mit unruhiger oder negativer Kritik. Für jede Frage, für jedes Problem hat sie ihre eigenen Lösungen vorgebracht, die bis ins einzelne durchgearbeitet und durchführbar waren, ohne auch nur im geringsten zu irgendeinem Zeitpunkt auf ihre grundsätzlichen Auffassungen zu verzichten. Sie hat diese hartnäckige und schwierige Schachtel mit nur 50 Gewählten geschlagen, als eine durch die Spaltung geschwächte Partei, die ihres Zentralorgans durch die Kommunisten beraubt war. In der Kammer standen wir anfänglich ebenfalls isoliert. Die Zurückhaltung der bürgerlichen Radikalen Partei war zunächst vollständig. Erst als wir in gewissen Punkten oekumenen, als wir dem Nationalen Block Stellung auf Stellung entzifferten, etwachte die radikale Opposition, schwankend und schüchtern. Insbesondere stanten wir allein um den Kampf gegen das Ruhrabenteurer zu führen. In diese Dinge muß man erinnern, um die Bedeutung des Wahlergebnisses vom 11. Mai zu verstehen.

Der Nationale Block ist also geschlagen, er beruht mehr als 100 Sitze. Die radikale Linke wird regieren können. Was wird jetzt geschehen? Hier kommen wir in das Gebiet der Vermutungen und der vorsichtige Mann darf sich nur sehr zurückhaltend vorwagen. Aber was als möglich und erwünscht erscheint, ist die doppelte Krise im Ministerium und in der Präsidentschaft, die notwendig ist. Poincaré und Millerand gehen als Verantwortliche aus der Abstimmung hervor; ihr Abtreten ist wahrscheinlich. Auf alle Fälle verlangen wir es nachdrücklich. Aber wer wird die Regierung übernehmen? Bündel mit Vertretern der Linken und der Rechten gemischt? Herriot mit einem mehr nach links ausschlagenden Block? Niemand kann es noch wissen. Das wird von den Radikalen selbst abhängen, den ewig Jägern, die von kurzschliffenen Steuerleuten geführt werden, die unansprechlich kreuz und quer fahren, wenn gehandelt und gerade aufs Ziel losgegangen werden muß. Ich erinnere u. a. auch daran, daß im November 1919 die offiziellen Statistiken als gewählte Radikale, die als Parteihänger eingeschrieben waren, 130 oder 140 Abgeordnete angaben. Nach der Wahl waren es nur noch 85. Diesmal wird es vielleicht umgekehrt sein. Aber warten wir es ab und fällen wir keine verfrühten Urteile über eine Situation, die noch etwas dunkel ist. Für den Augenblick bleibt eine Tatsache gewiß und erstens: der Nationale Block liegt am Boden und der Sozialismus hat sich kräftig erhoben und nimmt seinen Vormarsch wieder auf.

Und die Kommunisten? Sie haben sich so übel als möglich benommen. Überall führten sie gegen die sozialistische Partei einen abscheulichen Verleumdungskampagne. Aber außer im Gebiet von Paris ist ihr Mißerfolg vollkommen gewesen. Ihre Vertretung in der neuen Kammer wird 27 Mandate betragen. Wenn man weiß, daß sie in Paris und dessen Umgebung allein 18 Gewählte haben, bekommt man eine Vorstellung von ihrer Schwäche in dem übrigen Frankreich. Ach, diese 8 Paris! Ein entartetes Milieu, wo der Geist der Unzufriedenheit herrscht und wo die Demagogie mitunter üble Verwüstungen anrichten kann. Paris war einst boulangistisch, dann nationalistisch während der Zeit der Affäre Dreyfus, dann Nationaler Block im Jahre 1919. Der Sozialismus mußte ihm auch das Kennzeichen geben. Das ist jetzt geschehen. Das wird solange dauern, wie ein Schlag, der in Mode ist, oder wie eine Grippe-Epidemie. Im übrigen Frankreich sind die proletarischen Massen der Partei treu geblieben, und selbst da, wo die Kommunisten einen Erfolg erringen hatten seit der Spaltung, sind sie in deutlichem Rückgang, wenn es nicht der völlige Zusammenbruch ist. Drei Gewählte im Departement Nord geben 10 für die Sozialisten, einer im

Departement Cher, einer in Seine-Inférieure, einer im Lot und Garonne, einer im Unterelbe. Sie verlieren ihre bisherigen Vertretungen in den Departements Rhône-Verdun, Rhône, Corrèze und Aube. In dem Departement Haute-Vienne sind die 5 bisherigen sozialistischen Abgeordneten mit absoluter Mehrheit wiedergewählt worden, und zwar mit mehr als 50 000 Stimmen gegen 5000 für die Kommunisten. In dem Kohlengebiet des Pas de Calais haben die Sozialisten 6 Gewählte, die Kommunisten keinen. In Saône und Loire springt die Niederlage der Kommunisten am besten in die Augen. Es handelt sich um ein industrielles Departement, wo die ungeheuren Arbeitermassen von Creusot, von Montceau les Mines, von Monchanin, von Chalon den Sozialisten einen durchschlagenden Sieg verschafften. Im Creusot der Schneiderwerke selbst erhielten wir 5200 Stimmen gegen 3200 für den Nationalen Block und 600 für drei andre Listen, darunter die kommunistische Liste. Diese erhielt 6400 Stimmen insgesamt im Durchschnitt gegen 67 718 auf die sozialistische Liste. Wir bekommen 5 Sitze von 8, die der Nationale Block besaß. Es haben uns 2719 Stimmen gefehlt, um die absolute Mehrheit zu erlangen und die 8 Sitze zu erringen. Wenn der Kapitalismus von Schneider in diesem Departement 2 Abgeordnete und die Radikalen einen haben, so ist das allein die Folge der einige tausend Stimmen, die verlorengegangen sind — nicht für alle — auf der kommunistischen Liste.

Man sieht, unser Erfolg ist erfreulich, und unser Ansehen in der öffentlichen Meinung und bei den Massen der Arbeiter und Bauern wächst. Jetzt heißt's: an die Arbeit! Die schwierige Stunde beginnt erst. Aber wenn wir einig zu bleiben wissen, wenn der Gedanke und die Lehre des Sozialismus uns binden und uns leiten, haben wir vor uns eine prachtvolle und ertragreiche Aufgabe.

Um Poincarés Nachfolger

Schwierige Entscheidung der Sozialisten

Paris, 15. Mai. (Eig. Draht.) Die Frage der Nachfolgerschaft Poincarés, die erst zu Beginn des nächsten Monats klar wird, steht heute im Vordergrund aller politischen Diskussionen. Nach den Regeln des parlamentarischen Stils ist es Herriot, der Führer der als härteste Partei aus dem Wahlkampf hervorgegangenen bürgerlichen Sozialistisch-Radikalen, dem Staatspräsidenten Millerand sehr gegen seinen eigenen Willen zunächst die Konstituierung des neuen Kabinetts anbieten muß. Unrichtig sind viele Meinungen, richtig ist nur, daß Millerand beabsichtigt, dem Führer der Linken eine Reihe politischer Bedingungen zu stellen, darunter die Aufrechterhaltung der Ruhrbesetzung, die Nichtanerkennung der Sowjetregierung und die Verbeibaltung der neuerwählten Gefandtschaft beim Vatikan. Das Herriot unter solchen Umständen die Kabinetsbildung ablehnen würde, steht bereits außer Zweifel, und aus der Ministerkrise würde dann sehr leicht eine Präzidentenwahl hervorgehen. Die linksstehende Presse hat Millerand, der zusammen mit Poincaré der eigentlich Gehaltene dieses Wahlsieges ist, sich bisher geneigert, aus der Verurteilung seiner Politik durch das Land die Konsequenzen zu

ziehen. Sollte er tatsächlich versuchen, auf die Regierungsbildung einen über seine verfassungsmäßigen Befugnisse hinausgehenden Einfluss auszuüben, so würde er dem Parlament selbst die Handhabe geben, sich seiner zu entledigen, ähnlich wie es seinerzeit mit Mac Mahon und Grey geschehen ist. In diesem Fall würde aller Voraussicht nach entweder der gegenwärtige Senatspräsident Doumergue oder der ehemalige Ministerpräsident Painlevé von der Linken ins Elisee geschickt werden.

Aber selbst wenn Millerand auf die ihm zugeschriebenen Absichten dieser Art verzichten sollte, so wäre ein Ministerium Herriot noch keineswegs gesichert. Herriot will, wie von den ihm nachstehenden Parteien versichert wird, die Ministerpräsidentenschaft nur übernehmen an der Spitze eines Ministeriums, in dem sämtliche Parteien des Kartells der Linken vertreten sind, d. h. eines Ministeriums, an dem sich die Sozialisten aktiv beteiligen.

Hier aber beginnt die große Schwierigkeit. In den Reihen der Partei sind die Meinungen stark geteilt. Von den Führern sind vor allem Paul Doumergue, Monanges, Renaudel und Brunschwig entschieden für die Beteiligung an der Regierung. Leon Blum und mit ihm die Gruppe der Quersitzigen, insbesondere Brade, Mathias, Lohs und Paul Faure ausgesprochen dagegen. Sie berufen sich auf die Entschiedenheit von Amsterdam und auf die Beschlüsse des letzten Parteitag. Auch innerhalb der Partei, insbesondere in den Provinzorganisationen, wo man eine starke Abwanderung der Arbeiterschaft ins kommunistische Lager befürchtet, ist die Begeisterung für eine Politik der Mitverantwortung in einem in seiner Mehrheit bürgerlichen Kabinett nicht sehr groß. Die Parteileitung hat beschloffen, zum 1. und 2. Juni nach Paris einen außerordentlichen Parteitag einzuberufen, dem die endgültige Entscheidung darüber vorbehalten bleiben soll. Wie sie ausfallen wird, ist im Augenblick noch höchst zweifelhaft. Ebenfalls dürfte das Argument, daß dem Sozialismus in Deutschland und Frankreich zum erstenmal Gelegenheit geboten ist, durch aktive Kontrolle der beiderseitigen Regierungen einen dauernden Friedensvertrag in Europa zu schaffen, ein gewichtiges Wort zugunsten der Koalitionspolitik mitsprechen. Im sozialistischen Lager denkt man sich die Lösung einmütlich so, daß die demokratische Linke allein die Regierung bilden soll, die die sozialistische Partei parlamentarisch zu unterstützen bereit ist. Bei den bürgerlichen Sozialistisch-Radikalen scheint daran jedoch keinerlei Meinung vorhanden zu sein. Man sagt sich, daß eine solche Koalitionregierung allen Umständen des parlamentarischen Spiels anpaßt sein würde, und man vertreibt dabei auf das Vorfeld der Regierung die sozialistische Partei, die schließlich trotz der Unterstützung durch die unabhängige Sozialdemokratische Partei gescheitert ist. Eine derartige Kombination hat deshalb nur sehr geringe Aussicht. Es dürfte also, wenn die sozialistische Partei ihre Mitarbeit an der Regierung endgültig versagen sollte, kaum eine andre Lösung als ein Ministerium, das sich nicht auf die Koalition von Sozialistisch-Radikalen, republikanischen Sozialisten und der republikanischen Linken, deren Führer aller Voraussicht nach Triand sein würde. Es wäre dies der Block der Mitte, in dem die gemäßigten Reaktionen als Jünglinge an der Wage eine sehr gewichtige Rolle spielen würde.

Eingehen des Zentralorgans

Paris, 15. Mai. (Eig. Draht.) Das Zentralorgan der Sozialistischen Partei Frankreichs, der Populaire, steht sich, wie er heute ankündigt, infolge finanzieller Schwierigkeiten demnächst, zum 1. Juni sein Erscheinen einzustellen. Trotz der Quersitzigkeit sei es nicht möglich gewesen, die Mittel für das weitere Erscheinen des mit starkem Defizit arbeitenden Blattes sicherzustellen.

Die Not der Bergarbeiter

Durch die sich täglich steigende Notlage der Ausgesperrten werden die Unterstützungsmassnahmen für die ausgesperrten Bergarbeiter zu einer brennenden Tagesfrage. Bei Beginn der Aussperrung im Ruhrgebiet eine Anzahl von städtischen Arbeitsämtern im Ruhrgebiet den Standpunkt, daß den ausgesperrten Bergarbeitern die Erwerbslosenfürsorge zuteil werden müsse. Wie es heißt, wurde dieser Standpunkt auch von der Regierung in Münster geteilt. Bei der am vergangenen Sonnabend stattgefundenen Bürgermeisterkonferenz in Essen wurde jedoch die Auffassung vertreten, daß die Stadtverwaltungen aus prinzipiellen und wirtschaftlichen Gründen nicht in der Lage seien, Fürsorgemaßnahmen für die Ausgesperrten zu treffen. Die bei der Essener Bürgermeisterkonferenz vertretene Ansicht wurde von den Düsseldorf Regierungstellen bestätigt. Einheitliche Richtlinien für die Behandlung der Fürsorgefrage für die ausgesperrten Bergarbeiter konnten jedoch bis Donnerstag von den Stadtverwaltungen nicht festgelegt werden. Aus diesem Grunde sind die in den verschiedenen Ruhrstädten getroffenen Maßnahmen für die Unterstützung der Ausgesperrten durchaus unterschiedlicher Natur. So wird beispielsweise in Dortmund und Bochum an die Ausgesperrten in den beschränkten Verhältnissen entsprechenden Mengen warmes Essen aus den Volksküchen abgegeben. In Dortmund kommen zur Zeit 12 000 bis 13 000 Portionen täglich in Frage. In Bochum wird die Mahlzeit zum Preise von 10 Pf. verabsolgt. In Essen erfolgen ebenfalls Speisungen aus den Volksküchen. Ferner wurde eine städtische Sammlung zum Gunsten der Ausgesperrten unter Kontrolle des Wohlfahrtsamtes organisiert. In Gerne sollen zunächst die Kinder der Familien der Ausgesperrten in den Volksküchen verpflegt werden. In Witten, Essen und im Landkreise Bochum sind keine allgemeinen Maßnahmen für die Unter-

stützung der Ausgesperrten bisher getroffen. Eventuelle Unterstützungsmassnahmen aus den Mitteln der städtischen Fürsorge erfolgen von Fall zu Fall. In Oberhausen gemährt die Stadtverwaltung den Ausgesperrten Beihilfen durch Naturalien im gleichen Betrage der Erwerbslosenfürsorgegelder. Die Frage der Unterstützung der durch die Aussperrungen im Ruhrbergbau, infolge Betriebsstilllegungen in der Eisen- und Stahlindustrie erwerbslos gewordenen Metallarbeiter ist bisher noch nicht geklärt. Falls durch ein längeres Andauern der Stilllegung des Ruhrbergbaues die Metallindustrie zum Erliegen kommt und dadurch das Heer der Arbeitslosen um Zehntausende vergrößert wird, werden die Stadtverwaltungen vor eine Lage gestellt, deren Schwierigkeiten unübersehbar sind.

Genossen, zeichnet reichlich auf die Sammelliste des A. D. G. B. und der Kja. Der Kampf der Bergarbeiter ist auch euer Kampf!

Die Hartnäckigkeit der Bergwerksbesitzer

Essen, 15. Mai. (Eig. Draht.) Der Besenverband verbreitet durch die Telegraphenbureaus eine neue programmatische Erklärung, in der betont wird, der Besenverband besteht unter allen Umständen auf der Aufrechterhaltung seiner unter Tage und dem Zweischichtensystem ab Tage. Abgesehen von dieser Feststellung, die konsequenterweise geföhrt, allein schon die in Berlin geführten Verhandlungen zum Scheitern bringen müßte, ist die Note des Besenverbandes in einer weiteren Hinsicht überhaupt interessant. Es heißt in ihr nämlich: Für den Bergbau handelt es sich bei den Verhandlungen nicht darum, ein paar Prozent Gewinn mehr zu erzielen, sondern die Besen kämpfen um ihre Existenz. Die meisten von ihnen arbeiten, solange die Reparationslasten nicht auf das Maß abgenommen werden, mit Verzicht.

Das es sich für die Besenbesitzer nicht ausschließlich um ein paar Prozent Gewinn handelt, glauben auch wir anzunehmen zu dürfen. Aber im Grunde geht es den Besenbesitzern um mehr.